



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/14 - 18.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Befürchtungen in der SBZ	S. 1
Spanisch-belgische Kontroverse	S. 3
Das unerlässliche Gebot: Verhandeln	S. 5

*

Warnung aus Berlin und der Zone

EZ - Berlin

Nichts kann deutlicher die schwere Verantwortung der Bundesregierung und der Koalitionsparteien für die Ratifizierung der Pariser Verträge zeigen, als die erste Reaktion, die auf die neue sowjetrussische Erklärung vom Wochenende unter der Sowjetzonenbevölkerung zu verzeichnen ist. Da man den Deutschen in der Zone keineswegs den Vorwurf machen kann, nur allzuleicht auf Erklärungen Moskaus hereinzufallen, muss es umso schwerer wiegen, dass die ersten Stimmen in der Verlautbarung des Kreml einen neuen Ton erkennen. In der Zone hat vor allem die Moskauer Mitteilung, dass man jetzt mit einer internationalen Kontrolle "freier Wahlen" einverstanden ist, wie eine Sensation gewirkt. So skeptisch man auch gegenüber allen offiziellen Äußerungen des Kreml auf Grund der bitteren Erfahrung seit 1945 sein mag und so sehr man die geschickte und raffinierte Taktik der Sowjets kennt, das Zugeständnis der internationalen Aufsicht über gesamtdeutsche Wahlen hat unter der Bevölkerung der Zone wie ein neuer Lichtblick in der gewiss dunklen Situation der allgemeinen politischen Lage gewirkt.

Die Argumente, die im Zusammenhang mit der neuen sowjetischen Erklärung aus der Zonenbevölkerung nach Westberlin dringen, weisen zum großen Teil auf die Notwendigkeit hin, Moskau nun beim Wort zu nehmen, d.h. auf die vom Kreml angebotenen Viermächteverhandlungen

über die deutsche Frage einzugehen und die sowjetischen Politiker auf eine echte Bereitschaft hin zu überprüfen, ehe vom Westen aus vollendete Tatsachen geschaffen werden. Wenn der Westen auf das neue Zugeständnis Moskaus nicht eingehe, das im wesentlichen die westlichen, auf der Berliner Konferenz erhobenen Forderungen respektiert, dann - so heißt es in der ersten sowjetzonalen Reaktion - müsse tatsächlich mit dem Heruntergehen des Eisernen Vorhanges gerechnet werden.

Die Pankower Machthaber können anscheinend ein gewisses Missvergnügen an der neuen Entwicklung nicht ganz verheimlichen, mögen sie auch noch so sehr ihre Propagandaposaunen auf eine Verherrlichung der Moskauer Erklärung eingestellt haben. Ulbricht erklärte am Wochenende auf einer Tagung in Schwerin, seine Regierung sei gewillt, sich mit den Vertretern Westdeutschlands darüber zu einigen, dass eine internationale Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen erfolge. Die ausschließliche Kompetenz seiner "Regierung", die Ulbricht hier eigenmächtig in die Moskauer Erklärung einschmuggelt, zeigt, dass die SED nicht ganz ohne Sorge ist, sie könne vom Kreml vielleicht doch in einem gewissen Grade übergangen werden.

Für die Reaktion, die der neue Moskauer Tonfall in Westberlin im Gegensatz zu dem Bonner Festhalten am traditionellen westlichen Kochrezept gefunden hat, ist die Stellungnahme der CDU-Zeitung "Kurier" kennzeichnend, die feststellt, dass in Moskau "anstelle der stereotypen Schlagwortformulierung und Tendenzphrasen eine fast sachliche Argumentation gesetzt worden ist". Bei allen Bedenken, die auch diese Berliner CDU-Stimme gegenüber einem vielleicht nur taktischen Manöver des Kreml hegt, kommt sie doch zu dem Schluß, dass dem Westen "die Verpflichtung zu sorgsamer inhaltlicher Würdigung anstelle einer summarischen, auf ersten Stimmungseindruck beruhender Ablehnung bleibt".

Die Stimmen aus der Sowjetzone und aus Berlin sollten von der Bundesregierung und den Westmächten nicht in den Wind geschlagen werden, da sich hier die Chance bietet, klar zu beweisen, wie ernst sie es mit ihrer proklamierten Verpflichtung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nehmen. Es ist mehr als bemerkenswert, dass eine westberliner Zeitung, die im Lager der Adenauer'schen CDU steht, einen zumindest "neuen Tonfall Moskaus" feststellt und deshalb vor einer grundsätzlichen Ablehnung der Moskauer Stellungnahme als neues Propagandamanöver warnt, * * *

Der ewige "Fall Degrelle"

pt - Brüssel

Zum dritten Male ist eine akute Krise zwischen Spanien und Belgien ausgebrochen, zum dritten Male unter demselben Stichwort: "Degrelle". Im Jahre 1946 schon erfuhr die damalige belgische Regierung, dass der Führer der pronazistischen belgischen Rexistenbewegung nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Spanien Zuflucht gesucht hatte. Man forderte seine Auslieferung, verwies darauf, dass er "in Abwesenheit" zum Tode verurteilt war. Franco liess die Frage, ob Degrelle wirklich in Spanien sei, offiziell offen. Aber er liess wissen, dass man ja gar nicht miteinander verhandeln könne, da Belgien keine ordentlichen diplomatischen Beziehungen zu Spanien unterhalte. Belgien war dem damaligen Bannfluch der Vereinten Nationen gegen Franco gefolgt und hatte seine Beziehungen zu der Diktaturherrschaft Francos mit ihrer hitlerfreundlichen Vergangenheit nicht aufgenommen. Man hoffte damals, die siegenden Großmächte und die Vereinten Nationen würden Franco zum Rücktritt zwingen, was jedoch nicht geschah.

Als Ehrengast in Madrid

1948 wurde Degrelle wiederum in Spanien gesehen. Zum zweiten Mal pochte Belgiens Außenminister an. Franco liess die Polizei auch suchen, um dann im Tone höchstens Bedauerns erklären zu lassen, dass man einer Auslieferung Degrelles "näher treten" würde, wenn er in Spanien sei. Aber leider hätte die Polizei festgestellt, dass er wahrscheinlich in Tanger sei. Belgien verzichtete darauf, Degrelle in Tanger mit seinem komplizierten "internationalen Status", damals das Dorado für Schieber, Zuhälter und internationale Kriegsgewinnler, zu suchen.

Degrelle meldete sich selbst: Ende 1954. Bei einem Empfang, den der Bürgermeister der spanischen Hauptstadt Madrid in Erinnerung an die "Blaue Division" gab, die für Hitler an der Ostfront gekämpft hatte, nahm Degrelle teil. Madrider Zeitungen führten ihn harmlos als "Ehrengast" auf. Das war am 15. Dezember. Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht die belgische Presse sich mit dem Fall Degrelle beschäftigt. Am 21. Dezember schon machte sich ein Abgeordneter der

18.1.1955

christlichsozialen Opposition den Fall zurütze, um in einer scharfen Interpellation den sozialistischen Außenminister Spaak zu fragen, was man gegen Degrelle, der - so behauptete er - auch mit führenden belgischen Persönlichkeiten in Madrid gesehen worden sei, zu tun gedanke. Die Büchse der Pandora war geöffnet.

Ein Brief aus Frankfurt

Christlichsoziale Blätter deuteten an, dass Spaak schon 1946 die Auslieferung nicht energisch genug betrieben habe, weil auch er einmal in Franco-Spanien Asyl genossen und über spanische Stellen Versöhnungsfühler zu Falkenhausen, dem damaligen deutschen Kommandanten in Brüssel, ausgestreckt habe. Die sozialistischen Blätter wiesen mit sehr viel mehr Recht darauf hin, Degrelle sei von den erzkatholischen Kreisen der Universität Löwen hochgepöppelt worden und gewisse christlichsoziale Kreise in den vier Jahren christlichsozialer Alleinregierung hätten jede energische Weiterführung der Auslieferungsaktion verhindert. Liberale Blätter warnten davor, aus dem Fall Degrelle einen "kalten Krieg" mit Spanien zu machen. Eine vorzeitige Karnevals Bombe liess Degrelle selbst platzen mit einem Brief aus-Frankfurt am Main, in dem er sich bereit erklärte, nach Belgien zurückzukehren, wenn sein Verfahren vor einem ordentlichen Schwurgericht öffentlich neu durchgeführt und - per Rundfunk weitergegeben würde!

Zwischen Belgien und Spanien ist ein Notenwechsel im Gange. Der belgische Gesandte in Madrid wurde eine Zeitlang - was in der Diplomatenwelt eine energische Mahnung bedeutet - in Brüssel zurückgehalten.

Franco ist heute Verbündeter Nordamerikas, das sicher Zuflüsterungen, in Belgien genossen soundsoviele spanische "verbrecherische" Kommunisten Asyl (sie sind längst nach Südamerika weitergereist) Gehör schenken wird. In Madrids Archiven schlummern vielleicht wirklich Protokolle, die davon zeugen, dass hervorragende belgische Politiker versuchten, für Belgien dieselbe milde Besetzung und zivile Souveränität zu erhalten, die der Regierung Stauning in Dänemark gewährt worden war - bis Hitler sein Wort brach. Ernsthafte Leute stellen sich in Belgien die Frage, ob es wirklich lohnt, die furchtbaren Bruderkämpfe zwischen "Rexisten" und "Résistance" und dazu die noch immer umstrittene Frage, ob König Leopold nicht Recht hatte, die Waffen zu strecken, erneut öffentlich aufzurollen...

Vielleicht steht hinter der Forderung Degrelles nach einer neuen Verhandlung ein Versuchsballon und eine Drohung Francos. Vielleicht widerspiegelt der Brief aus Frankfurt auch nur den Zynismus eines Menschen, der genau weiß, dass Francos Spanien ein sicherer Hort für ehemalige Nazisten ist. * * *

Sowjeterklärung wirft Kernfrager auf

Von Fritz Erler, MdB

Wer die Meinung vertritt, die russische Erklärung vom 14. Januar enthalte nichts Neues, der hat sie einfach nicht gelesen. Wir sollten es uns endlich angewöhnen, Dokumente auch aus dieser Quelle ernsthaft auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen. Es wird noch einmal ganz deutlich, dass nun die große Frage vor dem deutschen Volke steht, ob es bereit ist, freie Wahlen auch für die sowjetische Besatzungszone zu erringen und damit die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden herbeizuführen, wenn es von einem deutsch-amerikanischen Militärbündnis absieht.

Diese Frage ist nie ernsthaft behandelt worden. Auch in Berlin nicht. Das ist der entscheidende Sachverhalt. Solange bisher die Verhandlungspartner auf der westlichen Seite darauf bestanden haben, dass das wiedervereinigte Deutschland Teilnehmer des amerikanischen Militärsystems werden müsse, waren Verhandlungen über freie Wahlen und damit über die Erlösung der Sowjetzone praktisch nicht ernsthaft zu führen. Sicher enthält auch die neue Erklärung einiges von dem uns allen bekannten Feuchteleien der sowjetischen Politik. Man spricht von der friedliebenden DDR und malt den Militarismus in Westdeutschland drohend an den Horizont, obwohl gerade in der sowjetischen Besatzungszone jeder Bürger sich von dem Vorhandensein des sowjetischen Militarismus überzeugen kann. Ein Hitler-General verwertet eben diese Eigenschaft für die Sowjets, wenn er in diese Dienste tritt. Aber davon sollten wir uns doch nicht gleich in der Wertung des politischen Gehaltes der sowjetischen Erklärungen allzu sehr beeindrucken lassen. Zum Beispiel wird die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung angeboten, vielleicht sogar gerade für die Zeit nach der Ratifizierung der Pariser Verträge.

Ein entscheidend neuer Tatbestand

Wenn jetzt die Bundesregierung verlauten lässt, dass das doch auf die Anerkennung der Spaltung Deutschlands, nämlich auch auf die Anerkennung der Regierung Pieck und Grotewohl in der Sowjetzone hinausläuft, dann gilt das gleiche auch für ihre eigenen Erklärungen, denn Bundeskanzler Dr. Adenauer hat ja ebenfalls die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion gefordert. Diese Wirkung tritt ein, ob also die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen wünscht oder die Bundesregierung, das ist in beiden Fällen das gleiche.

Man scheint vergessen zu haben, welche Kämpfe es um die wirklich freien Wahlen unter internationaler Aufsicht gegeben hat. Jahrelang zogen sich mühsam die Debatten zwischen West und Ost auch in den Kommissionen der Vereinten Nationen hin, und jetzt sehen wir, dass die Sowjets ganz klar von freien Wahlen, und zwar von Wahlgesetzen, nicht von der verfälschten Wahlpraxis der Zone sprechen und dass sie auch eine internationale Aufsicht dieser Wahlen angeboten haben. Das ist ein entscheidend neuer Tatbestand. Wir können über die doch etwas vagen Versprechungen zunächst hinweggehen, dass die Deutschen

ihre künftige Staatsordnung selbst zu gestalten hätten, aber wir wollen dankbar auch zur Kenntnis nehmen, dass in einem alten Streit um die richtige Reihenfolge der Wiedervereinigung nun endlich auch die These der Freiheit in der sowjetischen Note auftaucht, nämlich, dass erst die freien Wahlen kommen und dann der Friedensvertrag, nicht umgekehrt.

Atlantikpakt wichtiger als Wiedervereinigung?

Diese Frage ist damit, glaube ich, ein für allemal ausgeräumt, und dann sieht es auch nicht so aus, dass man verlangt, dass ein in unbewaffneter Neutralität gehaltenes wiedervereinigtes Deutschland der Sowjetunion gewissermaßen zum Fraß vorgeworfen wird. Es wird entsprechend der Note schon vom 10.3.52 von eigenen Streitkräften gesprochen und von der Teilnahme des wiedervereinigten Deutschland an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa, d.h. also, dass die Deutschen ihre Sicherheit nicht nur auf ihre eigenen Kräfte, sondern für den Fall eines Angriffs auch durch die Hilfe anderer stützen könnten, wenn die Verträge den Sinn haben sollen, zur deutschen Einheit zu führen, dann sollte man jetzt die Sowjets beim Wort nehmen. Es ist doch leichter, nicht erst eine westdeutsche Armee in den Atlantikpakt aufzustellen, um sie dann später doch wieder herauszunehmen. Oder ist manchen Leuten die Aufstellung westdeutscher Divisionen im Rahmen des Atlantikpaktes wichtiger als die Wiedervereinigung? Es scheint im westlichen Ausland derartige Kräfte zu geben.

Es wäre höchst bedauerlich, wenn das auch in der Bundesrepublik der Fall wäre. Man darf den Kommunisten nicht den Gefallen tun, die Vorschläge der Sowjetunion nahezu ungeprüft zurückzuweisen und ihnen damit die Parole der deutschen Einheit etwa überlassen. Die Aufrüstung würde Jahre dauern. Inzwischen wird die Zone weiter bolschewisiert. Wenn man erst dann auch nur verhandeln kann über Einheit durch freie Wahlen, dann kann man auch jetzt einen ernsthaften Versuch machen. Aber wir müssen eben wissen, dass Deutschland nur dann wiedervereinigt wird, wenn es weder ein sowjetischer noch ein amerikanischer Truppenübungsplatz wird.

Jetzt müssen Taten her, nicht Worte

Es gilt, sich in dieser Frage zu entscheiden. Wir müssen den Mut haben, uns auch in der innerdeutschen Auseinandersetzung dem Bolschewismus zu stellen. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird freiheitlicher gesinnt und besser gegen kommunistische Infiltrationen gefeit als manches andere europäische Land. Aber was wir uns nicht gefallen lassen sollten, das ist der Kampf der Weltmächte untereinander um das Alibi, wer eigentlich die Verantwortung an der deutschen Spaltung trägt. Jetzt müssen Taten her und keine Worte.

* * *

Verantwortlich: Peter Raurau